

## 16. Die Herausforderung der ökonomischen Globalisierungswahrnehmung

Ein weiteres großes typologisches Grundmotiv im Spannungsfeld zwischen Volkspartei und Globalisierung ist die Herausforderung der ökonomischen Globalisierungswahrnehmung. Sie beruht darauf, dass die Globalisierung über ihre kapillaren Effekte immer direkter auf die Wirtschaft einwirkte, darunter auch die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Mittelstandes. Mit den daraus hervorgehenden Wahrnehmungen veränderte sie auch die inneren Gleichgewichte von Volksparteien.

Die dazu wirksamen Mechanismen waren vielfältig. Sie lagen einerseits darin, dass man seit den 1990er Jahren von Volkspartei-Regierungsseite mit großem Einsatz Deutschland zum Exportweltmeister – damit aber auch die deutsche Wirtschaft zum Teil überproportional abhängig von Globalisierungs-Mechanismen gemacht hatte. Das wurde auch im Rahmen des EU-Kontextes nicht nur vom IWF und anderen internationalen Steuerungs- und Beratungseinrichtungen spätestens seit Mitte der 2010er Jahre als Strukturproblem kritisiert. Denn der Exportfokus kurbelte nicht nur den Industriemotor an, sondern förderte auch Arbeitsauslagerungen, Ungleichheiten und Entkulturalisierung und vernachlässigte Binneninvestitionen in Infrastruktur und Bevölkerung.<sup>184</sup>

Doch die großen Firmen drückten auch nach wiederholten Warnungen stark auf die Regierungsparteien, diese Situation zugunsten von Konjunktur und Innovation noch zu verstärken. Volksparteien-Regierungen und Industrie praktizierten gemeinsam öffentliche Expansions-Rhetoriken. Diese grenzten aus Sicht mancher Wähler nicht selten an unkritische Pro-Globalisierungspropaganda. Die Frage, wo genau die Profite für „das Volk“ liegen würden, blieb oft halb- oder unbeantwortet. Deshalb stellen Wähler zunehmend die Frage, inwiefern Volksparteien beim Exportfokus an das Volk dächten und also ihrem Wähler-Auftrag gerecht würden.

---

184 Vgl. Neuhaus, Carla: Kritik an deutscher Wirtschaftsbilanz: Warum ein hoher Exportüberschuss zum Problem werden kann. In: Der Tagesspiegel, 21.04.2017, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kritik-an-deutscher-wirtschaftsbilanz-warum-ein-hoher-exportueberschuss-zum-problem-werden-kann/19697406.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

Insgesamt hielten sich in der Wahrnehmung vieler Bürger Gewinne und Verluste durch globalisierungsbedingte Strukturveränderungen in Produktion und Handel in den zwei Jahrzehnten nach 1990 die Waage. Mitte der 2010er Jahre begann dieses Gleichgewicht zu kippen – und zwar in Richtung Verlust-Wahrnehmung. Einerseits hatte man sich mittels Einbindung in internationale Mechanismen stark transnational verpflichtet – unter anderem durch indirekte (später direkte) Beteiligung an europäischen Schuldgarantien sowie durch die Verflechtung des Bankenwesens mit inneren europäischen Umverteilungsprozessen. Andererseits wurden Ungleichheitsmechanismen spürbarer; und die Propagierung der Migrationskrise als Chance zum Import von Arbeitskräften für die exportorientierte Industrie wurde zunehmend kritischer gesehen. Eine Kurskorrektur „in die Mitte“ zwischen globalen, europäischen und nationalen Interessen erschien vielen immer unwahrscheinlicher.

Zugleich hatte man sich – und das gilt vor allem für die deutschen Regierungs-Volksparteien – von den Investitions- und Schuldpraktiken der meisten anderen Länder abgekoppelt. In erster Linie das Merkel-Deutschland praktizierte nicht wie andere die klassische „Antizipationslogik“ von Infrastruktur-Investitionen mittels Schulden, die sich dann rückwirkend über Entwicklungsgewinne, damit verbundene höhere Steuern und Inflation selbst refinanzieren würden. Deutschland wählte stattdessen eine – der immanent konservativen Logik *beider* großen Volksparteien geschuldete – „Austeritätspolitik“. Diese versagte sich in der öffentlichen Wahrnehmung der „positiven Dynamisierung“ der Weltwirtschaft – und schien damit nicht zuletzt mangels ausreichender Infrastruktur- und Sozial-Investitionen (wie etwa Kindertagesstätten) zur Lähmung konkreter Entwicklungsgewinne für den „Mann von der Straße“ zu führen. Dass internationale Experten wie Paul Krugman diese Merkel-Ära-Politik öffentlich als „das Problem Deutschland“ bezeichneten<sup>185</sup> und darauf hinwiesen, dass das Land zwar spare und einen vergleichsweise geringen öffentlichen Schuldenstand aufweise, dabei aber grundlegende Dynamiken des modernen Kapitalismus nicht mitvollziehe, sorgte für Aufsehen. Krugman argumentierte, die Anomalie bestehe darin, dass Deutschland kaum antizipativ in sich selbst und seine Bevölkerung investiere – und dadurch seine infrastrukturellen, Know-how und letztlich Kompetenz-Grundlagen ruiniere.

---

185 Krugman, Paul: The World Has a Germany Problem. The debt obsession that ate the economy. In: The New York Times, August 19, 2019, <https://www.nytimes.com/2019/08/19/opinion/trump-germany-europe.html>.

Das kam bei manchen Wählern nicht gut an und wurde von Populisten ausgeschlachtet, die daraus einen neuen Klassenkampf derer „da unten“ gegen „die da oben“ konstruierten. Manches an der daraus resultierenden Debatte diskreditierte die Fähigkeit der regierenden Volksparteien, mit Zukunftsherausforderungen umzugehen, weiter. Der Verfall der Infrastruktur wurde in der Tat in den Jahren der großen Volkspartei-Koalitionsregierungen immer breiter sichtbar, etwa im öffentlichen Verkehrswesen. Seine Kompensation etwa durch die „Neue Seidenstraße“ Chinas, das heißt durch externe Investitionen bei Aufkauf von deutschem Know-How vor Ort, kamen beim Bürger ebenfalls nicht gut an. Obwohl die späte Merkel-Ära gegensteuerte und Gesetze erliess, die die Übernahme deutscher Firmen durch chinesische „Staatsprivateure“ deutlich erschwerten und damit eine Art anfängliche „Glokalisierung“ durchsetzten, änderte das am Negativbild der Bürger wenig.

Insgesamt bemerkten viele – und kreideten es den regierenden Volksparteien an –, was der Wirtschaftsweise Hans-Werner Sinn immer wieder hervorhob: dass der bundesdeutsche Bürger gemessen an seiner volkswirtschaftlichen Leistung im Vergleich zu anderen EU-Bürgern einen tendenziell „zu niedrigen Lebensstandard“ genieße. Dazu äußerte Sinn bereits im Dezember 2017 als Warnsignal an die regierenden Parteien:

„So wie eine Firma zu billig oder zu teuer sein kann, kann es auch eine ganze Volkswirtschaft sein. Wenn man zu teuer ist, laufen die Kunden weg. Wenn man zu billig ist, macht man durch den Verkauf keine Gewinne. Deutschland braucht ein Preisniveau relativ zum Ausland, das so hoch ist, dass man noch ganz ordentlich verkaufen kann, aber eben nicht Exportweltmeister ist und umgekehrt für seine Exporte viele Importwaren eintauscht. Von diesem Punkt sind wir weit entfernt. Wir sind zu billig. Wir haben viel zu große Exporte, viel zu große Exportüberschüsse. Und einen viel zu niedrigen Lebensstandard relativ zu dem, was wir leisten.“<sup>186</sup>

Sinn konstatierte also einen doppelten Boden der Exportpolitik zu Ungunsten des „kleinen Verbrauchers“ auf der Straße. Er traf damit die jahrzehntelange Wirtschaftspolitik der regierenden Volksparteien mitten ins Herz:

---

186 Sinn, Hans-Werner: „Flüchtlinge kosten 450 Milliarden Euro!“ In: The European, 29.12.2017, <https://www.theeuropean.de/hans-werner-sinn/13034-professor-hans-werner-sinn-warnt-eindringlich>, abgerufen am: 15.03.2022.

„Zum Risiko wird das dann, wenn aus dem Aufschwung eine Blase wird, die anschließend platzt. Das halte ich für sehr gefährlich. Exportüberschüsse sind nicht a priori falsch. Aber wenn sie so exzessiv sind, wie das in Deutschland der Fall ist, muss man sich fragen, was das soll. Zumal wir für diese Überschüsse ja auch häufig Schuldtitle bekommen, die man uns um die Ohren schlägt. Die Hälfte des durch die Exportüberschüsse akkumulierten Auslandsvermögens besteht aus bloßen Target-Forderungen der Bundesbank. Das heißt die Bundesbank hat einen Teil der Autos, die wir ins Ausland liefern, kreditiert. Sie bekommt dafür bloße unverzinsliche Buchforderungen gegen das Eurosysteem, die sie nicht fällig stellen kann. Was sollen also Exporte, für die man eine nicht realisierbare Buch-Forderung als Austausch erhält?“<sup>187</sup>

Solche und ähnliche Wahrnehmungen prägten am Ende der Merkel-Ära die Sichtweise vieler Bürger auf die Globalisierungsleistung der regierenden Volksparteien.

---

187 Ebda.